

V0200/22

**Vorhabenbezogener Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 109 N „Hauptbahnhof“;**  
**erneute Entwurfsgenehmigung**  
**(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)**

**Stadtrat vom 31.03.2022**

(Die Unterlagen zum vorhabenbezogenen Bebauungs- und Grünordnungsplan Nr. 109 N „Hauptbahnhof“ wurden allen Stadträten im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt)

Stadtrat Grob möchte auf das Problem beim barrierefreien Zugang zum Fuß- und Radverkehrstunnel zwischen dem Hauptbahnhof und dem Ortsteil Ringsee eingehen. Beim Zugang von Ringsee sei die Barrierefreiheit durch die schiefe Ebene gegeben. Anders sehe es beim anderen Tunnelende am Hauptbahnhof aus. Dort gelange man nur in die Unterführung mittels Treppe oder eines Aufzuges, der nicht immer funktionstüchtig sei. Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion laute, den Tunnel weiterzuführen und eine schiefe Ebene in Richtung der Bahnhofsstraße einzuziehen. Sollte dies baulich nicht möglich sein, könne man alternativ auch weitere Aufzüge oder eine Rolltreppe am westlichen Ende des Tunnels bauen. Stadtrat Grob bittet die Stadtverwaltung darum, noch einmal mit der Deutschen Bahn und dem Investor Kontakt aufzunehmen, um den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion gemeinsam zu besprechen. Sollte man diese Gelegenheit nicht nutzen, würde man eine Chance vergeben zwei südliche Stadtteile für den Fuß- und Radverkehr barrierefrei zu verbinden. Man möchte eine moderne Stadt sein, da sei es höchste Zeit den Hauptbahnhof für die Reisenden, die dort Arbeitenden und nicht zuletzt auch für die Bürgerinnen und Bürger barrierefrei zu gestalten. Auch die künftigen Schülerinnen und Schüler der neuen Schule im Südosten könnten von so einer Unterführung profitieren. Stadtrat Grob teilt mit, dass wenn man nicht auf den Antrag eingehe, die CSU-Stadtratsfraktion dem Satzungsbeschluss nicht zustimmen werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf führt aus, dass Stadtrat Grob mit dem Anliegen offene Türen ein renne. Die Problematik mit den barrierefreien Zugängen sei bereits im Planungsausschuss besprochen worden. Nichtsdestotrotz teilt er die Auffassung, dass die jetzige Situation an beiden und besonders auf der westlichen Seite unbefriedigend sei. In der nächsten Woche stünde auch schon ein Gesprächstermin mit Vertretern der Deutschen Bahn und dem Investor an. Ziel des Gesprächs sei es, eine gemeinsame Lösung für die Verbesserung der Situation zu finden.

Stadtrat Böttcher schildert, dass die Stadtratsfraktion der Freien Wähler die Situation an den Tunneleingängen genauso sehe wie die CSU-Stadtratsfraktion. Einen weiteren Punkt, bei dem er noch Handlungsbedarf sehe, sei die angedachte Überdachung über dem Haupteingang. Das geplante Dach befände sich ungefähr acht Meter über dem Gehsteig beziehungsweise über der Treppe. Wenn bei Regen der Wind von Westen kommen sollte, würden so die Besucher des Hauptbahnhofes nass werden. Stadtrat Böttcher ist der Meinung, dass man hier eine intelligente Lösung finden könne. Er regt zum Beispiel eine asymmetrische Überdachung speziell in Richtung des Bussteiges an. Denn auch bei der Bushaltestelle sei die Überdachung nicht optimal, da sie nur ungefähr 2 Meter herausrage. Stadtrat Böttcher habe schon einmal einen Vorschlag für eine zusätzliche Überdachung im Norden zwischen den Gebäuden gebracht, damit die Reisenden und Bürger trockenen Fußes zum Bus gelangen können.

Stadtrat Höbusch möchte in Erfahrung bringen, ob sich der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion nur auf die Westseite des Tunnels beziehe. Denn auch auf der Ostseite werde die Barrierefreiheit nur durch einen Aufzug gewährleistet. Deshalb müsste man aus der Sicht von Stadtrat Höbusch an beiden Seiten Verbesserungen vornehmen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwähnt, dass man nur den einen Aufzug habe und wenn dieser defekt sei, könne man gar nicht mehr so einfach barrierefrei in den Fußgängertunnel gelangen. Denn auch auf der Ostseite habe man nur die Möglichkeit über eine kleine Rampe barrierefrei hinunter zu kommen. In Anbetracht des Potentials für das an der Ostseite anliegende Viertel, sei die aktuelle Situation einfach nicht ausreichend.

Man rechne unter anderem durch den neuen Schulkomplex an den Staudinger Hallen mit einer zunehmenden Belegung des Viertels rund um den Ostzugang zum Tunnel, teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mit. Im Grunde könne sie der Aussage von Stadtrat Höbusch zustimmen, dass man auf der Ostseite eine Verbesserung anstreben müsse. Jedoch sei die Situation auf der Westseite aktuell wesentlich komplizierter, da es dort nicht einmal eine Fahrradschiene entlang der Treppe gebe und man so auf die Funktionalität des Aufzuges angewiesen sei. Deshalb müsste man vor allem jetzt den günstigen Zeitpunkt des Neubaus nutzen, um die Situation an der Westseite zu verbessern.

Mit dem Neubau des Hauptbahnhofes habe man die Chance den Tunnel auf der Westseite vernünftig zu vollenden und somit eine für alle akzeptable Lösung zu schaffen, gibt Stadtrat Köstler wieder. Deshalb könne die ÖDP-Stadtratsgruppe dem Bau, so wie er in der Beschlussvorlage dargestellt sei, nicht zustimmen. Es würde eine große Chance vergeben werden, den Hauptbahnhof zukunftsfähig zu gestalten, wenn man an der Tunnelzugangssituation nichts ändere. Außerdem möchte Stadtrat Köstler noch etwas zum Thema der Höhenentwicklung ausführen. Er wundere sich, warum man das Sockelgebäude, auf dem das Hochhaus stehen werde, nur zweigeschossig geplant habe. Man hätte hier genügend Möglichkeiten, den Sockelbau höher zu bauen. Diese Thematik müsse man sich vor allem auch im Zusammenhang mit den künftigen Planungen für das Areal um den Hauptbahnhof ansehen. Zum Beispiel würden die ersten Planungen für das noch jetzige Postgelände auch ein höheres Gebäude vorsehen, sodass der Bahnhof dann das niedrigste Grundgebäude haben werde. Auch spricht Stadtrat Köstler das Problem mit dem Bahnhofsvorplatz an. Dort habe man noch keine Vorstellungen, wie der Platz vor dem Bahnhofsgebäude einmal gestaltet werden solle. Mit dem Neubau des Hauptbahnhofes habe man die Möglichkeit Probleme zu lösen. Stadtrat Köstler findet es schade, dass man dies mit der vorliegenden Planung nicht realisiere.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwidert auf die Aussage von Stadtrat Köstler, dass man schon Ideen bezüglich des Vorplatzes habe. Beispielsweise wurde auch schon ein Studentenwettbewerb zu diesem Thema vorgestellt. Nichtsdestotrotz müsse es das Ziel sein, einen richtigen Bahnhofsvorplatz zu schaffen und nicht wie momentan nur eine Straße. Dafür könne man unter Umständen bei den Gebäuden auf der gegenüberliegenden Seite des Bahnhofes etwas stärker in die Höhe bauen. Somit habe man sehr wohl schon Vorstellungen in welche Richtung sich der Platz vor dem Bahnhof entwickeln solle, dies stehe aber jetzt noch nicht zur Debatte. Man müsse mit dem Neubau des Hauptbahnhofes nun den ersten Schritt gehen und sich erst danach mit den Planungen für die umliegenden Gelände befassen.

Frau Wittmann-Brand weist auf den vom Stadtrat beschlossenen Rahmenplan hin, der das Bahnhofsvorfeld mit einbeziehe. Es gebe auch schon einen Gesprächstermin mit dem Eigentümer des Postareals, um eine gemeinsame Lösung zu finden, wie man das Bahnhofsvorfeld qualitätsvoller gestaltet könne.

Stadträtin Mayr trägt vor, dass man nun seit einigen Jahren die UN-Behindertenkonvention und die Verpflichtung bei Neubauten inklusiv zu bauen habe. Derzeit sehe aber der Neubau

des Hauptbahnhofes für sie nicht inklusiv aus. Zumal im nächsten Jahr in Ingolstadt ein internationaler Kongress zum Thema Inklusion stattfinden werde und dafür die Gäste auch am Hauptbahnhof ankämen. Man sollte deshalb alles versuchen, damit der Neubau künftig inklusiv werde. Stadträtin Mayr hofft, dass auch der Investor an der Einhaltung der Behindertenkonvention interessiert ist.

Stadtrat Dr. Schuhmann möchte darauf hinweisen, worüber man heute abstimmt. Der Bebauungs- und Grünordnungsplan habe sich nach der öffentlichen Auslegung der Pläne noch einmal geändert. Deshalb müsse der Stadtrat darüber entscheiden den geänderten Bebauungs- und Grünordnungsplan noch einmal den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorzulegen. Außerdem merkt Stadtrat Dr. Schuhmann an, dass die von Stadtrat Grob vorgebrachte Problematik beim Zugang zum Tunnel bereits im Planungsausschuss ausführlich diskutiert wurde. In der Ausschusssitzung sei man gemeinsam zum Konsens gekommen, die Situation verbessern zu wollen.

Mit 47 : 4 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt mit der Maßgabe, dass die Verwaltung mit dem Investor und der Deutschen Bahn in Verhandlungen trete, um hinsichtlich der Erschließung signifikante Verbesserungen in der Ost-West Unterführung zu erzielen.